

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1,90 M., bei Platzvorschrift 2,30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1,70 M. Reklame-Kolonelle 7,50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das italienische Proletariat in der Aktion.

Der Kampf in Italien.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Berliner Volksanzeiger meldet aus Lugano: In Mailand versammelten sich gestern die Vertreter der hauptsächlichsten Arbeiterorganisationen, um über die Frage zu beraten, ob die Besitzergreifungen der Fabriken durch die Arbeiter sofort auf alle Fabriken dieser Art in ganz Italien ausgedehnt werden solle, oder noch Versuche zu einer Verständigung durch Vermittlung der Regierung gemacht werden sollen. Beschluß wurde noch nicht gefaßt. In verschiedenen Städten sind die Arbeiter von sich aus zur Verjagung der Besitzer geschritten, obwohl ihre Fabriken nicht der Metallindustrie angehören, so in Mailand die Arbeiter einer Glasfabrik und in Turin einer Fabrik von Sauerstoffbomben. Im übrigen ist auch der gestrige Tag ohne ernste Zwischenfälle verlaufen. In Terni befehlten Arbeiter die Eisen- und Stahlwerke, in Palermo die Schiffswerften. In Turin haben laut dem Corriere della Sera die Arbeiter der mehr als 20000 Mann beschäftigenden Automobilfabrik Fiat die Fabrik in den Verteidigungszustand versetzt, und zwar mit Schlingengräben, Maschinengruben, Drahtverhauen, Maschinengewehren und sogar zwei Tanks. Uebrigens seien sie mit der Herstellung von Bomben beschäftigt. Die Regierung verhält sich neutral.

Rom, 5. September. Laut einer Meldung des Temps haben Arbeiter eine Seewerk in Ancona besetzt. Wie Giornale d'Italia aus Genua berichtet, wurde in dem dortigen Hafen auf zwei im Trendobock liegenden Dampfern die rote Fahne gehißt.

Paris, 5. September. Wie die Agence Havas aus Triest meldet, dehnt sich die Arbeiterbewegung aus. Man meldet Zusammenstöße zwischen Truppen und Streikenden.

Paris, 5. September. Wie der Temps meldet, haben die bolschewistischen Schiffe in Genua sich aller im Hafen liegenden Handelsschiffe bemächtigt und drohen, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzufahren, zu beschleichen.

Programmathe Erklärung italienischer Sozialistenführer.

Mailand, 4. September. Der Messaggero erzählt aus Bologna, daß ein Ausschuß aus zahlreichen sozialistischen Abgeordneten, darunter Turati, Trevis, Praspolini und andere Vertreter der sogenannten Konzentrationsgruppe der sozialistischen Partei, eine Kundgebung erlassen haben, in der darauf hingewiesen wird, daß die Grundzüge der Methoden des Maximumismus den Bedürfnissen der Nation immer weniger entsprechen. Die Abgeordneten der Konzentrationsgruppe erklären sich zu intensiver Arbeit im Parlament, den Gemeinden und den Wirtschaftskörperschaften zwecks Errichtung der sozialistischen Gesellschaft bereit. In Reggio (Emilia) soll vom 12. bis 20. September ein neuer Kongreß stattfinden, um ein Programm auszuarbeiten.

Die Umgestaltung der preußischen Polizei.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Berliner Montagspost berichtet, daß die Umgestaltung des preußischen Polizeiwesens unmittelbar vor ihrer Vollendung steht, nachdem fast täglich Besprechungen im preußischen Ministerium des Innern unter Leitung des Ministerialdirektors Abegg stattfinden, der am heutigen Montag die Oberpräsidenten der Provinzen und die Leiter der einzelnen Provinzial-Sicherheitspolizeien zu dem Plan Stellung nehmen lasse. Es ist an maßgebender Stelle bekannt, daß unter den Oberpräsidenten zum Teil recht starke Opposition gegen die neuen Pläne besteht. Die Leiter der Provinzen befürchten, daß eine Schwächung der Disziplin (!) verhängnisvolle Folgen haben muß.

Dittmanns Artikel.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der Welt am Montag bespricht Helmut von Gerlach den Artikel Dittmanns über die deutschen Arbeiter in Rußland. Er erklärt: „Es gibt Artikel, die sind eine Tat. Den von Dittmann über deutsche Arbeiter in Rußland in der Freiheit vom 31. Aug. rechne ich dazu. Er ist politischer Anschauungsunterricht höchsten Ranges, wirkungsvoller als 100 Broschüren über den Bolschewismus.“

Die deutsche Regierung gewährt Frankreich Genugtuung.

Berlin, 6. September. (Tl.) Die Minister Dr. Simons und Severing fanden sich gestern nachmittags auf der Berliner französischen Botschaft ein. Außenminister Dr. Simons gab eine kurze Erklärung ab, in der auf die bekannten Breslauer Vorfälle

und auf frühere ähnliche Ereignisse, sowie auf die Erklärung der französischen Regierung hingewiesen wurde, daß sie mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Veruhigung und der Arbeit liebe und friedliche Beziehungen unterhalten wolle. Der Minister fuhr dann fort, denselben Wunsch habe auch die deutsche Regierung. Sie mißbillige entschieden diese Vorkommnisse, die, wie die Vorgänge in Breslau, durch gewisse Umstände und Ereignisse zwar erklärlich, aber nicht gerechtfertigt seien. Die deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind und wird die in der Note vom 30. August geforderte Genugtuung gewähren. Der französische Botschafter erwiderte: Im Namen der Regierung der Republik Frankreich nehme ich Kenntnis von der Erklärung Em. Exzellenz und der Zusage der deutschen Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen und die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlichen Zusammenarbeitens gestalten werden, welcher für die wirtschaftlichen Wiedergutmachungen und das Gedeihen beider Teile so notwendig ist. Sodann machte Reichsminister Simons und der Minister des Innern Severing von den eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Die neue deutsche Note über Oberschlesien.

M. Berlin, 6. September. Die neueste Oberschlesien betreffende Note der Reichsregierung an den Präsidenten der Friedenskonferenz bringt eine Anzahl einwandfrei festgestellter besonders empörender Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Sprache und verlangt, daß eine an den Vorgängen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die erforderlichen Feststellungen vornimmt. Die deutsche Regierung schlägt zu diesem Zweck eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten vor, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrags von Versailles gehören. Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau, sowie der päpstliche Stuhl sind von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt worden.

Englischer Protest gegen das Verhalten der Franzosen.

Aus Oberschlesien wird gemeldet, daß die drei englischen Kreisinspektoren in Tarnowitz, Groß-Strelitz und Reuthen ihre Entlassung eingereicht haben mit Rücksicht auf die in ihren Bezirken von französischer Seite geübte Parteilichkeit. Den Kreisinspektoren in Tarnowitz und Groß-Strelitz ist die Entlassung bereits bewilligt worden.

Die Wiedergutmachungskonferenz in Genf.

London, 4. September. Reuter erzählt von ausländischer Seite, daß der 24. September als vorläufiges Datum für die Zusammenkunft der Wiedergutmachungskonferenz in Genf festgesetzt worden ist. Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit kundgegeben, Vertreter zu entsenden. Es ist indessen möglich, daß sich durch das Zusammenfallen mit der Brüsseler Finanzkonferenz Schwierigkeiten ergeben. In diesem Falle wird ein Aufschub notwendig werden. — Die Bolschafertkonferenz tritt am 6. September in Paris wieder zusammen.

Reichspräsidentenwahl noch in diesem Jahr.

Berlin, 4. September. Ueber den Termin der Reichspräsidentenwahl ist bis jetzt eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen. Aber unter den maßgebenden Parteien des Reichstages hat sich in unerbittlichen Besprechungen Uebereinkommen darin gezeigt, daß die Wahl noch im Laufe dieses Jahres vorgenommen werden soll. Das gleiche gilt auch für die preußischen Landtagswahlen.

Krieg zwischen Litauen und Lettland.

Paris, 5. September. Ein Moskauer Funkpruch meldet, daß Feindseligkeiten zwischen Lettland und Litauen begonnen hätten. Der Funkpruch erklärt, daß die lettischen Soldaten nicht in den Krieg ziehen wollten.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei in Amerika.

Die Londoner Times meldet aus Newyork: Mit Rücksicht auf den vor einigen Tagen ausgebrochenen Streik in Brooklyn sind Tausende von Arbeitern nach Brooklyn gebracht worden, um zu versuchen, den Tramwayverkehr wieder herzustellen. Schwere Zusammenstöße fanden zwischen Polizei, Auswärtigen und Streikbrechern statt.

Wie lange noch?

B. A. Die Kali-Industrie hat in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 und den ersten Monaten des Jahres 1920 gewaltige Wertsteigerungen eingeleitet. Ihre Bilanzen waren Schulbeispiele für die verfehlte Wirtschaftspolitik, welche im „demokratischen“ Deutschland getrieben worden ist, und wir möchten wenigstens an einige dieser aufsehenerregenden Abschlüsse erinnern.

Die Kaliwerkerschaft Gild auf, Sondershausen, schlug außer der laufenden Quartalsausbeute von 900 M. eine Extraausbeute von 5000 M. pro Kuz vor, für die insgesamt 13 Millionen Mark aus dem gewaltig gestiegenen Reingewinn in Anspruch genommen wurden.

Die Kaliwerkerschaft Burbach wies für 1919 einen Betriebsgewinn von fast 11 Millionen gegen etwa 4 Millionen im Jahre 1918 aus, während die Anteile nur von 2% auf 4 Millionen Mark gestiegen waren.

Die A.G. Deutsche Kaliwerke verfügten über ein Aktienkapital von 40,55 Millionen. Aus dem Betriebsüberschuss des Jahres 1919 verwandten sie 2 Millionen für Abschreibungen, 30 (wirklich dreißig) Millionen für Rückstellungen. Die Dividende betrug 25 Prozent und außerdem wurde das Aktienkapital um 21,15 Millionen Mark erhöht. Da jeder Aktionär auf drei alte Aktien eine neue zum Kurse von 125 Prozent erhalten konnte, ergab sich auf dem Umwege über diese Kapitaltransaktion eine weitere annehmbare Gewinnquote.

Bei der Kaliwerkerschaft Thüringen wurde eine Ausbeute von 1000 M. pro Kuz verteilt, während noch Ende November 1919 beabsichtigt wurde, wegen der eingetretenen Verluste eine Zubeute von 1 1/2 Millionen von den Kuzenhabern einzufordern.

Die halleischen Kaliwerke erzeugten im Jahre 1918 77 265 Doppelzentner Kali und 43 849 Kilogramm Brom und zahlten eine Dividende von 6 v. H. Im Jahre 1919 verringerte sich die Produktion auf 53 208 Doppelzentner Kali und 1256 Kilogramm Brom, dagegen erhöhte sich die Gewinnausbeute auf 25 Prozent!

Die glücklichen Aktionäre haben demnach aus den Ueberflüssen der Werke hohe Dividenden gezogen und sich über die Wirtschaftspolitik des neuen Deutschland weidlich amüsiert, besonders da an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums zur gleichen Zeit ein leidenschaftlicher Sozialdemokrat stand. Selbst die bürgerliche Presse konnte nicht umhin, ihr Erstaunen darüber auszudrücken, daß ein sogenannter „gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper“, wie wir ihn in der Kali-Industrie angeblich besitzen, eine derart schamlose Profitpolitik treiben dürfte. Wir erinnern nur an die scharf zugespitzte Polemik zwischen Berliner Tageblatt und Kalisyndikat, die in der Bemerkung der Handelsredaktion des B. T. gipfelte:

„Eine Gemeinwirtschaft, die die Kriegsgewinnerei nach Beendigung des Krieges einleitet oder fortführt, ist keine Gemeinwirtschaft, sondern eine Interessen- und Profitwirtschaft.“ — — —

Der Forderung einer großen Ausfuhrabgabe, die von uns erhoben worden ist, als die Gewinne ununterbrochen stiegen, wurde damals nicht stattgegeben. Erst viel später trat das Reichswirtschaftsministerium mit dem Verlangen einer Abgabe auf, die mit einer Viertel-Milliarde beziffert wird. Jetzt läuft die Kali-Industrie aber gegen dieses Verlangen an und weist auf die gänzlich veränderte Konjunktur hin, die keine Gewinne, sondern angeblich sogar gewaltige Verluste bringe. Eine Mitteilung berechnet die bisher eingetretenen Verluste auf 300 Millionen Mark, aber wir haben allen Anlaß, derartigen Angaben mehr als skeptisch gegenüber zu stehen und möchten nur nebenbei die Frage aufwerfen, wie hoch die im ersten Quartal 1920 erzielten Wertsteigerungen, die ja bei den Bilanzen für 1919 noch nicht berücksichtigt sein können, gewesen sind? Bekanntlich ist der Tiefstand der deutschen Mark im Januar/Februar 1920 erreicht worden und es ist ganz sicher, daß zu einer Zeit, als der Preis des Dollars um 100 M. herumpendelte, Konjunkturgewinne realisiert worden sind, die weit über den oben angeführten günstigen Ergebnissen des Jahres 1919 stehen.

Wie schädlich die Preispolitik des Kalisyndikats für die deutsche Wirtschaft gewesen ist, davon haben viele Kreise kaum eine Ahnung. Es steht aber fest, daß infolge der verhältnismäßig hohen Inlandspreise, die für dieses wichtige Dünngemittel gefordert werden, eine große Anzahl Landwirte diesmal auf die richtige Anwendung von Dünngemitteln verzichtet hat und der Ertrag der neuen Ernte, die durch das Wetter überall gefördert wurde, ist weit unter den früheren Erwartungen geblieben, weil der Boden keine genügende Anreicherung erfahren hatte. Bei dem herrschenden Mangel an Brotgetreide und Futtermitteln aber bedeutet der Ausfall jeder Tonne eine Vermehrung der notwendigen

gen Einfuhr, die bei der ungünstigen Beschaffenheit unserer Safula und den geringen Mengen ausländischer Zahlungsmittel, über die wir verfügen, schwer ins Gewicht fällt. Jede Tonne Brotgetreide, die wir einführen, kostet mindestens dreimal soviel wie das Getreide heimischer Erzeugung, und die von der Regierung geleisteten Lebensmittelpflichten, die Milliardenbeträge ausmachen, belasten unsere Finanzwirtschaft in einem wachsenden Umfange. Bei der katastrophalen Finanzlage Deutschlands aber bedeutet jede Milliarde neu ausgegebener Geldzettel und vermehrter Reichsschuld einen weiteren Schritt auf dem Wege zum finanziellen Zusammenbruch und Staatsbankrott.

Aus diesem Grunde haben wir mit Recht verlangt, daß die Inlandspreise der Rohprodukte mit Hilfe der Auslandsgewinne senkt und Düngemittel für die Landwirtschaft in ausreichenden Mengen zu niedrigen Preisen verfügbar gemacht wurden, damit kein Mittel unversucht bleibe, das Quantum der erzeugten Lebens- und Futtermittel nach Kräften zu steigern und die benötigte Einfuhrmenge entsprechend zu verringern.

Zur Zeit aber, da die Landwirte sich wieder neu mit Düngemitteln eindecken müßten, besteht eine allgemeine Zurückhaltung im Einkauf von Kalisalzen. Die Bauern glauben an eine Herabsetzung der Preise, während das Syndikat, das nach seinen Angaben an jedem Wagon, der im Inlandsverkehr abgesetzt wird, viel Geld verdient, mit neuen Steigerungen droht. Das Ausland ist zur Zeit vollständig aus dem Markt geschieden, die erwarteten Abschlässe — vor allem nach Amerika — sind bisher nicht erfolgt. Von verschiedenen Seiten wird dieses Scheitern der Auslandsverhandlungen auf geradezu maßlose Preisforderungen des Syndikats zurückgeführt, während die Wortführer des Syndikats dies entschieden bestreiten. Wie dem auch sei, in der nächsten Sitzung des Syndikats wird man sich wohl gegenseitig gehörig den Kopf waschen, jedenfalls steht die Tatsache fest, daß zu einer Zeit, da die weitestgehende Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln dringende volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, in den Kalisalzen große Mengen auf Lager gelegt werden müssen. Der Absatz stößt vollkommen und die Klagen der einzelnen Werke vermehren sich von Woche zu Woche!

Wieder sehen wir deutlich genug, daß die kapitalistische Regelung der Wirtschaft, die auch in diesen gemekwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern fast uneingeschränkt herrscht, den dringendsten Problemen der Gegenwart gegenüber vollkommen versagt. Die kritischen ökonomischen Zustände, unter denen alle Völker Europas mehr oder minder leiden und die als Folge einer sechsjährigen Kriegszeit selbstverständlich eintreten mußten, werden unerträglich verschlimmert durch die Beibehaltung einer zum Untergang reifen Wirtschaftsordnung, die jeden energischen und planmäßigen Aufbau unserer Volkswirtschaft verhindert und uns immer weiter in das Elend hinabreißt.

Wie lange noch wird das deutsche arbeitende Volk es ertragen, daß die Widerstände privatrechtlicher Interessenten über die Lebensnotwendigkeiten von Millionen Menschen hinweggehen? — — —

Gerade bei den großen entscheidenden Industrien des Landes zeigt es sich immer deutlicher, daß die Entwicklung bereits über die bestehenden Formen der Privatwirtschaft hinausweist und daß die Beibehaltung der alten Produktionsverhältnisse zu einer Hemmung der Gesellschaft geworden ist. Nur die entschiedene Abkehr von diesem System und die entschlossene Sozialisierung der dafür längst überreifen Wirtschaftszweige kann uns den Weg zu einer Umgestaltung freimachen, die eine Neuordnung der modernen Gesellschaft und eine volle Entfaltung der lebendigen Kräfte des ganzen Volkes verbürgt.

Die Forderung nach beschleunigter Sozialisierung der deutschen Volkswirtschaft ist keine utopische Wunschvorstellung, sondern sie entspringt aus der klaren Erkenntnis der inneren Notwendigkeiten unserer gesamten ökonomischen Verhältnisse. Wunschpolitik sind gerade diejenigen, die immer noch glauben, sie könnten das Rad der Geschichte zurückdrehen und eine Entwicklung verhindern, die sich unabhängig von unsern persönlichen Hoffnungen durchziehen muß. Die Aufgabe des bewußt sozialistisch gerichteten Teiles des deutschen und des internationalen Proletariats aber ist es, mit höchster Anspannung des Willens und der vorhandenen Kräfte diesen Entwicklungsprozess zu beschleunigen und ihn möglichst ohne schwere Rückschläge energisch durchzuführen! — — —

Moskau und wir.

Die Genossen Edwin Richl und Alfred Schürig senden uns folgenden Artikel mit dem Ersuchen um Abdruck:

Die deutsche Klassenbewusste Arbeiterschaft stand in letzter Zeit in fortgesetzten revolutionären Klassenkämpfen mit dem Bürgerum, so daß wir manche Lehren daraus ziehen und lernen können. Eines der wichtigsten Punkte und Lehren ist die Beurteilung über die 2. und 3. Internationale. Der Kongreß der Kommunistischen Internationale zu Moskau legt sein Hauptgewicht auf den Klärungsprozess des Proletariats, sowie der aufstrebenden sozialistischen Parteien. Diese 21 Punkte für neuzutretende Parteien, die als Bedingung gestellt sind, finden ihre Berechtigung bei Beurteilung der 2. Internationale. Wie eine Seitenbastei beim geringsten Anstoß zerplatzt, weil nichts sich darin verbirgt, so lag bei Beginn des Weltkrieges die 2. Internationale auseinander. Es fehlte der revolutionäre Geist, es fehlte der Wille zur Tat, die Massen des Volkes gegen das furchtbare Kriegsgeschrei aufzurufen. Schon die Tatsache, daß seit Juli 1914 bis zum Februar 1919 nicht eine einzige Sitzung hat stattgefunden, müßte genügen, die Aktionsunfähigkeit der reformsozialistischen Internationale zu beweisen. Das Ueberbleibsel, die 2. Internationale, wird letzten Endes dasselbe Schicksal ereilen. Der linke Flügel unter Führung von Lenin, auf der Zimmerwalder Konferenz, hat klar die Situation nach dem Weltkrieg vorausgesehen, daß wir wohl heute nicht befreiten können, daß die Weltrevolution überall auf dem Marsche ist. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital nimmt immer mehr an Schärfe zu und artet zu offenem bewaffnetem Kampfe schon jetzt in vielen Ländern aus. Wie bei Beurteilung der 2. Internationale, so zeigt sich auch in allen revolutionären Epochen, wie der Reformsozialismus als hemmendes Uebel in allen Bewegungen sich zeigt. Nun werden zweifellos eine ganze Anzahl sich getroffen fühlen vom Schlage Kautsky bis zum kleinsten Reformisten. Der Leipziger Parteitag erklärt als wichtigste Aufgabe, die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Proletariats in eine tatkräftige revolutionäre sozialistische Internationale, sie erklärt ihr Einverständnis zur Diktatur des Proletariats, auf Grund des Rätesystems den Sozialismus zu verwirklichen. Was trennt uns dann von Moskau? Glänzend hat die 2. Internationale bewiesen, daß es weniger auf die Masse ankommt, um vollständig aktionsunfähig zu sein, und die 3. Internationale hat noch viel besser bewiesen, daß der Geist und der Wille zur Tat der Grundstein des Gelingens ist und kein wird. Somit wird uns das große Ziel, das wir uns

setzen, nicht verborgen: Es zu kämpfen. Die Praxis hat bewiesen, daß das Untertanen und Anpassen den sich oft als getränkte Eberwüste aufspießenden Genossen je nach der Situation angenehm ist. Durch die ungeheuren Lasten, die dem Volk vom Bürgerum aufgebürdet werden, durch die Unwirtschaft des kapitalistischen Profitsystems, durch die Folgen des Weltkrieges verschlechtert sich die Lage der arbeitenden Klasse immer mehr und mehr. Die sozialen Umwälzungen und weltpolitischen Kämpfe lassen die Weltrevolution immer schärfer hervortreten.

Im entscheidenden Moment wird die besitzende Klasse, die hilflosen Massen mit Waffengewalt niederhalten versuchen. Trotzdem der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein kann, wird die besitzende Klasse mit allen Mitteln versuchen, die hilflosen Massen abzuschlagen, um die Quelle des Profites zu erhalten. (Siehe Ungarn.)

In der uns zur Verfügung stehenden Presse sowie durch Wort und Schrift muß die Aufklärung in diesem Sinne erfolgen. Alle Probleme müssen grundrätlich behandelt und Führer und Massen darauf verpflichtet werden. Der Sozialismus ist keine Parteibewegung, sondern eine Kulturbewegung, die nach bestimmten Grundrätigen zu leiten ist. Dieses kann nur zentral und diktatorisch geregelt werden. Ob die Regelung von Moskau oder Berlin erfolgt, wird die Praxis lehren. Wie notwendig die Zentrale sich erweist, ist zu erweisen durch den Beschluß der gewerkschaftlichen Internationale zu Amsterdam. Warum erklärt man sich hier zur zentralen diktatorischen Regelung bereit. Weil der Kampf naturgemäß zur Entscheidung drängt, und die Auflösung des kapitalistischen Systems sich vollziehen muß und immer mehr in greifbarer Nähe rückt, muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein. Wirtschaftlich und politisch fñden Deutschland und Rußland einen mächtigen Faktor, um sich gegen den Weltkapitalismus zu behaupten. Es wird somit ein Volk geschaffen, um die Verwirklichung des Sozialismus durchzuführen. Darum freie Bahn nach Osten! Hierin liegt das Schicksal bei der Entscheidung zur 3. Internationale. Diese Entwicklung wird kein Scheitern, kein Ersipen mehr aufhalten können. Nicht das Firmenschild soll geändert werden, sondern das System.

Die Sabotage des wirtschaftlichen Aufbaues durch die Unternehmer.

Wirtschaftlich sind in der letzten Zeit die Kräfte immer zahlreicher geworden, in denen leistungsfähige Betriebe kitzeln, häufig sogar abgebrochen wurden, um Baumaterial, Maschinen usw. zu den jetzigen hohen Preisen verkaufen zu können. Diesem Stande sollen nun, wie eine offizielle Meldung sagt, durch eine Verordnung ein Ende gemacht werden, die im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet worden ist. Nach der Ankündigung bewegt sich der Entwurf im allgemeinen, soweit dies im Verordnungswege möglich ist, in der Richtung der Beschlässe des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der sich in einer Unterkommission des sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschusses in eingehendster Weise mit der Wirtschaftskrise und den zu ergreifenden Maßnahmen zur Behebung dieser beschäftigt hat. Die Veröffentlichung der Verordnung, die durch die Ausführungsanweisung für die mit ihrer Durchführung befaßten Behörden ergänzt werden soll, steht nächster Zeit bevor.

Man wird die Veröffentlichung des Entwurfs abwarten müssen, um beurteilen zu können, ob die Verordnung geeignet ist, den kapitalistischen Saboteuren einigermassen das Handwerk zu legen. Man große Erwartungen darf man nach den bisherigen Erfahrungen freilich nicht auf die angeordnete Verordnung setzen. In Wirklichkeit gibt es eben nur ein tatsächlich erfolgreiches Mittel, um Wandel zu schaffen. Man muß den Kapitalisten das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel nehmen, man muß die Betriebe sozialisieren.

Ein neuer Fall von Unternehmer-Sabotage.

Prämien für Zurücknahme der Bestellungen zahlen die in der letzten Zeit schon mehrfach recht unrühmlich genannten Daimler-Werke. Unser Stuttgarter Parteiblatt schreibt darüber folgendes: Während die D. M. G. Untertürkheim mit allen Möglichkeiten und unmaßlichen Mitteln versucht, der Arbeiterschaft und dem Betriebsrat planmäßig zu machen, daß es ohne riesige Arbeiterentlassungen bei der heutigen schlechten Geschäftslage nicht abgehen kann, ja selbst dem Betriebsrat die Erlaubnis erteilt, unter Zuziehung von zwei Sachverständigen durch Prüfung der Besetze und Bücher die Richtigkeit ihrer Angaben bestätigen zu lassen, kommen jetzt Dokumente ans Tageslicht, die beweisen, daß die Unternehmer auf eine Katastrophe geradezu hinarbeiten. Hiermit ist ein solches Exemplant wirklich der Öffentlichkeit übergeben.

Verkaufsordnung Nr. 62

Untertürkheim, 18. 8. 20.

An der Annullierung kompletter Wagen haben wir nach wie vor großes Interesse. Wir können in Zukunft eine Annullierungsprämie von 3000 Mark nur gewähren, wenn die Annullierung infolge veränderter Verhältnisse durch die persönliche Bemühung der provisorischen Herren erfolgte, und wenn die Zahlung einer Abstandssumme an den Kunden nicht erforderlich wird. In den Fällen, in denen eine Abstandssumme gewährt werden muß, behält sich die Zentrale die Entscheidung darüber vor, in welcher Höhe eine Prämie über die vertragliche Provision hinaus dem provisorischen Herrn zuerkannt wird. In den Fällen, in denen früher bereits Karosserien annulliert sind und in denen gemäß unserer Verkaufsordnung Nr. 38 die Annullierung der Karosserie der Betrag von 750 Mark bezahlt wurde, wird dieser Betrag von der etwa zustehenden Annullierungsprämie in Abzug gebracht. Nach wie vor entfällt selbstverständlich jeder Provisionsanspruch, wenn Aufträge mit Konjunkturkauf annulliert werden.

Daimler-Motoren-Gesellschaft.
ppa. Groß. Sedler.

Des weiteren wurden von einem Geschäftsmann schon vor vielen Wochen 300 Wagen bei der Firma bestellt, diese hat sich (nach obigem Schreiben selbstverständlich) noch nicht bemüht, auch nur eine Antwort darauf zu geben, ob sie bereit ist, diese Bestellung anzunehmen oder nicht.

Es geht doch nirgends verriäter zu als in der kapitalistischen Welt! Während für gewöhnlich Provisionen für die Heranschaffung von Bestellungen gezahlt werden, gibt es jetzt Prämien, wenn die Vertreter der Daimler-Werke es fertigbringen, die bereits abgeschlossenen Geschäfte wieder zu zerhacken. Und das geschieht in einer Zeit, wo man die Arbeiter wegen der „schlechten Geschäftslage“ in Massen auf die Straße werfen will! Dieser Fall zeigt der Arbeiterschaft besonders deutlich, daß sie alle Kräfte anspannen muß, um einer derartigen Schandwirtschaft möglichst bald ein Ende zu machen.

Beiprechung der Ernährungsminister.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat in einer Konferenz mit den Ernährungsministern der Länder über die bestehenden Ernährungswirtschaftlichen verhandelt. In seiner Ansprache bemerkte Dr. H e r m e s, es sei in vielen Punkten der Ernährung eine wesentliche Besserung der Versorgung eingetreten. Das ist allerdings der Fall, und unsere geringen Mittelungen zeigen, daß diese Besserungen zu den größten Besorgnissen Anlaß geben. Der ganze Ernst der Situation spricht aber den Ministern immer noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Denn anstatt der drohenden Gefahr zu begegnen und über die Mittel zu beraten, einer weiteren Schädigung durch widerliche und sabotierende Produzenten und Händler vorzubeugen, hat man sich in der Hauptsache über den Aufbau der Zwangswirtschaft

Dr. Hermes erklärte:

Bei dem Abbau der Zwangswirtschaft müsse unter allen Umständen ein gemeinsames Vorgehen der Länder und des Reiches erfolgen. Bisher sei es gelungen, die Einheitlichkeit aufrechtzuerhalten (?). Der Minister eröffnete sodann die Debatte über die einzelnen Punkte der Tagesordnung, und zwar über die Freigabe der Fleischwirtschaft und die Bereitstellung einer Reserve an Auslandsfleisch, die ständig so groß gehalten werden solle, daß sie eine Wochenration für längere Zeit sicherstellt. Gegenwärtig sind 55 000 Tonnen Fleisch vorräig. Der Bestand soll dauernd auf 30 000 Tonnen gehalten werden, so daß 60 Millionen Versorgungsberechtigte drei Monate lang mit 125 Gramm wöchentlich versorgt werden können. Es müsse anerkannt werden, daß die Brotgetreideablieferung in den letzten Tagen eine Besserung erfahren habe, wenn sie auch nicht ausreiche, um die Brotreserven in genügender Maße sicherzustellen. Er hoffe, daß die bessere Ablieferung an Brotgetreide unter der tätigen Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen auch weiter anhalten werde. Auch auf dem Gebiete der Preisbildung müßten die landwirtschaftlichen Organisationen mitwirken, damit Maß gehalten werde. Der Reichsminister gab die Erklärung ab, daß er die Verantwortung nicht übernehmen könne, die Freigabe des Schlachtviehes ohne Sicherung einer Fleischreserve vorzuschlagen. Auch die Sicherung der Brotreserve, die zur Stelle sein soll, wenn die Fleischablieferung aufgehoben werde, sei absolut notwendig für die Sicherung der Ernährung.

Ein Antrag Bayerns fordert eine Verminderung des Auswahlungsschlages, sowie eine Erhöhung der Brotzotation. Die meisten Vertreter der Länder schlossen sich der Forderung nach einer Verminderung des Auswahlungsschlages an, eine minderzotige Anzahl auch der Forderung nach Erhöhung der Brotzotation. Bezüglich der Zuckerverwirtschaftung wurde eine schnelle Festsetzung der Rübenpreise gefordert. Die Wärmelabefabriken sollen erst dann beliefert werden, wenn die Rationen für die Bevölkerung sichergestellt sind.

Für Ende dieses Monats wurde eine weitere Konferenz in Aussicht genommen.

Diese allgemeine Schwächezeit zeigt, daß von dieser Stelle keine Schritte zur durchgreifenden Umgestaltung und Besserung der Ernährungspolitik zu erwarten sind. Geradezu unverstänlich ist die Vertrauensseligkeit, mit der man auf die Mitwirkung der Landwirtschaft hofft. Es ist dringend notwendig, daß der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages die Herren Ernährungsminister etwas aufmuntert.

Mißbrauch des Amnestiegesetzes.

Die Rechtspolitiker keine Urheber und Führer. Nach einer Meldung der radikal deutschen Nationalen Deutschen Zeitung soll der Pfarrer, Abgeordnete, Rappminister und infolge dessen Justizhausablat a. D. Gottlieb Traub auf Grund der Amnestie außer Verfolgung gesetzt worden sein, weil er angeblich weder als Führer noch als Initiator des Putschs an seiner zivilen und militärischen Vorbereitung beteiligt gewesen und erst im letzten Augenblicke dem Rufe Rapps gefolgt sei. Auch habe er keinerlei Amtshandlungen ausgeführt.

Aber nicht nur Traub, sondern auch der Rechtsanwalt Brebered, Kapitänleutnant Lensch und Unterstaatssekretär Freyherz von Falkenhäusen sind außer Verfolgung gesetzt. Sie alle sind zuvor beim Rapp-Putsch aktiv beteiligt gewesen und haben wichtige Posten und Ämter bekleidet. Dessenungeachtet ist das Reichsgericht zu dem Entschluß gekommen, daß sie nicht als Urheber oder Führer des Rapp'schen Verbrechens zu betrachten und deshalb freizulassen seien.

Es genügt, um das Wesen der deutschen Klassenjustiz und die Objektivität des obersten Gerichts zu kennzeichnen, diesem ganz offenen Mißbrauch der Amnestie die Tatsache gegenüberzustellen, daß wegen Beteiligung an der Abwehr der Reaktion noch Tausende von Arbeitern in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten. Es würde uns gar nicht überraschen, wenn auch die Rapp, Wittwich und Jagow dem Reichsgericht den Beweis erbracht hätten, daß sie weder Urheber noch Führer des März-Putschs waren.

Noch einer!

Berlin, 3. September. In der Schlesischen Zeitung gibt der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts bekannt, daß der Steckbrief gegen den wegen Hochverrats verfolgten Rittergutsbesitzer von Kessel (Oberglauke) zurückgenommen worden ist. Herr von Kessel, der deutsch-nationaler Abgeordneter der preussischen Landesversammlung ist, war bekanntlich infolge des Rapp-Putschs am 14. März zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ernannt worden und hatte sich in einem Aufruf offiziell auf den Boden der Rappregierung gestellt.

Reichsregierung und Steuerabzug.

Wegen der Schwierigkeiten, denen die Durchführung des Steuerabzuges in einzelnen Landesstellen begegnet, läßt die Reichsregierung durch die einzelnen Landesfinanzämter folgenden Aufruf veröffentlichen:

„Der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt findet in einigen Betrieben Widerstand bei den Arbeitnehmern. Diese übersehen, daß der von der Nationalversammlung beschlossene und vom Reichstag fast einhellig bestätigte Steuerabzug ein Lebensnotwendigkeit des Reiches, wie auch der Länder und Gemeinden ist. Die Arbeitgeber sind durch das Gesetz gezwungen, den Abzug bei der Lohnzahlung vorzunehmen, und auf diesem Wege ist es möglich, die Besteuerung des Einkommens zu sichern, ohne durch zwangsweise Beitreibung rückständiger Steuerbeträge die Existenz des Arbeiters zu gefährden. Wer sich dem Steuerabzug widersetzt, schädigt das Interesse der Arbeiter und gefährdet zugleich die Durchführung der Steuererhebung, von denen der Wiederaufbau abhängt. Denn eine erfolgreiche Verweigerung dieser Steuer würde von andern Steuerpflichtigen nachgeahmt werden. Die Reichsregierung muß das Gesetz ebenso durchzuführen, wie sie die Erhebung der zehnprozentigen Kapitalertragsteuer durchzuführen hat und die weiteren Schritte zur Besteuerung des Vermögens durchführen wird. Die Reichsregierung ist entschlossen, jedem Versuch zu gefehrdiger Weichung des Steuerabzuges mit allen Kräften entgegenzutreten und die zu seiner Durchführung verpflichteten Arbeitgeber und Beamten zu schützen; sie vertraut auf die Einsicht und Mäßigung der Arbeiterschaft, die sich fast überall im Reiche bereits bewährt hat.“

Energisch, wie immer, wenn es gegen die Arbeiter geht, zeigt sich die Reichsregierung in ihrem Aufruf. Wann wird sie wohl endlich gegen die Steuerverweigerer und Steuerhinterzieher in den Kreisen der Besitzenden mit ähnlichen Zwangsmitteln vorgehen, wie die württembergische Regierung gegen die vortigen Arbeiter?

Ludendorffs Scheu vor der Wahrheit.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht einen Auszug aus der Schrift eines höheren Offiziers, die demnächst im Verlag Weltanschauung und Erziehung erscheinen wird. Aus diesem Auszug, der von einem kriegsentschiedenen Ludendorff entnommen und sich mit diesem kritisch beschäftigt, müßten wir den Teil wiedergeben, der eine psychologische Analyse Ludendorffs zu geben versucht:

„In allem zeigt sich die Scheu vor der Wahrheit. Niemals während der Dauer des Krieges hat man die Wahrheit gesagt. Immer hat man geglaubt, mit Lügen beschwichtigen zu müssen und liegen zu können. Der Grund des Liegens ist nie klar geworden. Im Volke lag er nicht. Der wahre Grund des Liegens lag doch wohl in den Führern selbst, in ihrem eigenen angstschlotternden Herzen, das nicht glauben konnte, daß es in der Brust des Volkes männlich schlug. Das wurde nun unter Ludendorff nicht anders, ja immer schlimmer. Dinge wurde nun Markoffium, zur Fäulnis und zum Schmelzen des deutschen

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. September.

Parteiangelegenheiten.

Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung von Groß-Leipzig.

Dienstag, den 7. September, abends 6 Uhr, findet die Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung im Volkshause statt.

Parteilosen des Westens. Heute abend 1/8 Uhr wird in den Westendhallen Bericht von der Reichskonferenz der USF. gegeben.

Gruppenrat 12. Dienstag, den 7. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 9.

Gruppenrat 13. Dienstag, den 7. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer Nr. 104.

Betriebsräte Kötha. Mittwoch Vortragabend in der Schule

125 Gramm.

Die Fleischwirtschaft soll aufhören. Der „freie Handel“ soll kommen, damit Händler und Produzenten sich noch weit mehr die Taschen füllen können.

Eine Schlachtwurst raft durchs Land. Milchkuhe fallen ihr zum Opfer. Bald werden die Säuglinge nicht mehr genügend Milch bekommen.

Hoffentlich ist man sich jetzt schon über die Wirkung der Aufhebung der Zwangswirtschaft klar. Fleisch wird es geben. In Fülle sogar.

Auch die Regierung, die nur noch für Großagrarien und Großindustrielle sorgt, weiß, daß der arme nach Befreiung der Zwangswirtschaft keinen Happen inländisches Fleisch mehr essen kann.

Da haben wir den „Segen“ der „freien Wirtschaft“. 125 Gramm auf drei Monate!

Der Reiche kann Fleisch fressen bis zur Bewußtlosigkeit. Der arme erhält für die ganze Woche ein Viertelpfund Fleisch.

Und für eine solche „freie Wirtschaft“ haben sich selbst Beisitzer begeistert. Das kommt davon, weil sie nur bürgerliche Blätter lesen und sich sonst um nichts kümmern.

125 Gramm für die Woche. Und da hat man dem Deutschen gesagt: „Warte nur, wenn die Zwangswirtschaft fällt, dann gibt es reichlich Fleisch zu mäßigen Preisen.“

Wir sind wahrhaftig nicht für die Zwangswirtschaft, die hohe Bureaunkraten, Produzenten und Händler eingerichtet und bisher geleitet haben.

Die 125 Gramm werden auch nur für drei Monate in Aussicht gestellt. Was dann, wenn das Vierteljahr vorüber ist, wenn die deutschen Bestände gelichtet sind, wenn das Ausland den Rest

aufkauft? Dahin kann es kommen, wenn die kapitalistische Wirtschaft wirklich „frei“ bleibt. Der deutsche Besitzende bekümmert sich nicht im geringsten um den deutschen Besitzlosen.

Es ist es nicht die höchste Zeit, daß das Proletariat die Wirtschaft übernimmt und die sozialistische Bedarfswirtschaft einrichtet?

Der internationale Jugendtag der sozialistischen Proletariatsjugend in Leipzig.

Sturm und Regenschauer vermochten am Sonntag die sozialistische Proletariatsjugend nicht zurückzuhalten. Den internationalen Jugendtag so zu gestalten, wie er in allen größeren Städten, in allen Ländern zum Ausdruck gekommen sein wird.

Bedauern mußte aber die Herzen erfüllen, als der Zug das Rathaus und das Reichsgericht passierte. Auch dort standen kleine Gruppen junger Proletarier, auch dort rote Fahnen.

Hier verfolgte nun die Menge, die sich auf mehr als 2500 vergrößert hatte, alle Darbietungen mit Interesse. Der Lichtsche Männerchor eröffnete das Programm mit dem Lied Empor zum Licht.

Den Schluß der Feier bildete die Massenaufführung der Schlussszene aus Tolstors Wandlungen unter der persönlichen Leitung des Herrn v. Fielich. Paßende, aufrüttelnde Bilder wurden dem Betrachter vor Augen geführt.

Den Schluß der Feier bildete die Massenaufführung der Schlussszene aus Tolstors Wandlungen unter der persönlichen Leitung des Herrn v. Fielich. Paßende, aufrüttelnde Bilder wurden dem Betrachter vor Augen geführt.

Brüder redet zermarterte Hand, flammender, freudiger Ton! Schreite durch unser freies Land, Revolution, Revolution!

Damit erreichte die Feier ihr Ende. Dank allen denen, die mit dazu beigetragen haben, diesen Tag als einen Kampftag der sozialistischen Proletariatsjugend zu gestalten.

Volkshausaufbau.

Bei der Zuspitzung der Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist es ein Vorteil für die Arbeiterschaft, unabhängig vom Kapital sich organisieren zu können.

Die Studentin oder Neubau.

Von August Strindberg.

Es war wieder Frühling. Blanche ging am Abend im Park spazieren. Die Bewohner des Palastes hatten entdeckt, daß ein befährliches Zusammenstoß leicht einen Zwang zum Vertheil mit sich bringen konnte.

Die großen Kastanien hatten gerade ausgeschlagen und gingen an, die dunklen Baumstämme in das schönste Grün zu kleiden; der Boden war trocken, und die Luft koste die Haut wie laues Wasser.

Sie setzte sich auf eine Bank und sah, wie der Gärtner mit seinem Spaten die Erde umwandte, damit sie besser der aufsteigenden Einwirkung der Luft ausgesetzt sei.

„Sör mal, Vater,“ sagte er, „was hast du da in der Karre?“

„Ja, Jean,“ antwortete der Vater, „das sollen Erdbeeren werden.“

„Ja, mein Kind, das tut man. Aus Schmutz macht man Weizen, und aus Weizen Brot, und aus Brot macht man Menschen.“

„Ja, aber die Seele, macht man die auch aus Weizen?“

„Ja, mein Kind. Denn der Weizen hat auch eine Seele. Es erfordert viel Nachdenken beim Weizenkorn, ehe es den besten Platz für seine Wurzeln wählen, den Säuren in der Erde ausweichen und die fettesten Partikel aufsuchen kann.“

„So? Aber wenn wir sterben?“

„Ja, dann hört unser Leben auf, aber einem neuen Leben geben wir Leben, heißt das! Nur unser Hohn ist darauf gekommen, wir lebten ein ewiges Leben weiter.“

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 8. September, abends 5 Uhr, statt. Das Kollegium wird unter anderem beraten über die weitere Erhöhung der Straßenreinigungsabgabe.

Der Protest der Angestellten des Leipziger Postbeamten. Während des Krieges sind im Postbetrieb eine Anzahl Helfer eingestellt worden, die jetzt nach und nach entlassen werden sollen.

Der Theaterkassal im Schauspielhaus. Zu dem in der Nummer vom 1. September enthaltenen Bericht über die Verhandlung vor dem Schöffengericht wird uns mitgeteilt, daß der wegen der Stambalkene im Schauspielhaus verurteilte Gewerkschaftssekretär nicht Sombesk, sondern Sombeski heißt.

ha. Neues von der Erwerbslosenfürsorge. Die Erwerbslosenunterstützung gehört nach einem Bescheide des Reichsausschusses für die Erwerbslosenunterstützung zu dem Kreis der öffentlichen Erwerbslosenunterstützung anzurechnen.

Zur Kartoffelfürsorge. In den beiden Versorgungswochen vom 31. August bis 14. September kommen je 5 Pfund Kartoffeln zur Verteilung.

Enteignung von Brennstoffen. Die im Monat August 1920 durchgeführten Enteignungen von Brennstoffen in Haushaltungen und Hausbrandbetrieben waren in 22 Fällen von Erfolg und nur in einem Falle erfolglos.

Schlichtungsausschuss für die Hausangestellten. Beim Arbeitsausschuss der Stadt Leipzig, Seeburgstraße 14-20, besteht zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Anstellungsverhältnis ein Schlichtungsausschuss für die Hausangestellten.

Schlichtungsausschuss für die Hausangestellten. Beim Arbeitsausschuss der Stadt Leipzig, Seeburgstraße 14-20, besteht zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Anstellungsverhältnis ein Schlichtungsausschuss für die Hausangestellten.

Die Studentin oder Neubau.

Es war wieder Frühling. Blanche ging am Abend im Park spazieren. Die Bewohner des Palastes hatten entdeckt, daß ein befährliches Zusammenstoß leicht einen Zwang zum Vertheil mit sich bringen konnte.

Die großen Kastanien hatten gerade ausgeschlagen und gingen an, die dunklen Baumstämme in das schönste Grün zu kleiden; der Boden war trocken, und die Luft koste die Haut wie laues Wasser.

Sie setzte sich auf eine Bank und sah, wie der Gärtner mit seinem Spaten die Erde umwandte, damit sie besser der aufsteigenden Einwirkung der Luft ausgesetzt sei.

„Sör mal, Vater,“ sagte er, „was hast du da in der Karre?“

(Schluß folgt.)

Kleine Chronik.

Leipziger Volkstheater (Moderne Abend: Der Kullack; Die Mumienhand; Die Russen der Seele; Der gute alte Herrmann).

Der Einakter brachte die Leipziger Volkstheater zum Schluß der Sommerperiode heraus. Die Bezeichnung „Moderne Abend“ erscheint nicht ganz gerechtfertigt.

Die Leipziger Parteigenossen zu den Moskauer Bedingungen.

unparteilichen Vorstehenden und je einer Vertreterin der Arbeiter und Arbeitnehmer zusammenstellt und nach Bedarf zusammentritt.

Verlegung von Kartenstellen. Infolge der Betriebseinschränkung bei der Kartenstellung und um Zimmer für den Schulbetrieb wieder freizustellen, wird eine Anzahl Kartenstellen verlegt. Zur Vermehrung unendlicher Wege wird hiermit auf die Bekanntmachung über die Verlegung von Kartenstellen im vorliegenden Blatt besonders hingewiesen.

Unzüchtige Heisebrotmarken. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Heisebrotmarken Serie a 82, 86-90 Nr. 25 001 bis 26 000, Serie b 81-86, 88, 90 Nr. 25 001-26 000, Serie c 81-83 Nr. 25 001-26 000, Serie e 86-90 Nr. 26 001-27 000, Serie f 81-85, 87-90 Nr. 26 001-27 000, Serie g 81-88, 90 Nr. 26 001-27 000, für unzüchtig erklärt worden sind. Bäckern und Händlern kann auf diese Marken, auch wenn sie solche vorfänglich mit Brot versehen sollten, kein Mehl zugeteilt werden.

Seuchenfleisch und Frischfleisch. Zu unserem Artikel in voriger Woche schreibt uns das Ernährungsamt Leipzig: Die Angaben des Artikels „Seuchenfleisch und Frischfleisch“ in der Leipziger Volkszeitung vom 2. September 1920 sind irreführend. Die Bezeichnung „Seuchenfleisch“ erweckt den Anschein, als handle es sich um verunreinigtes, d. h. genußuntaugliches Fleisch. In Wahrheit stammt das in diesem Artikel erwähnte Fleisch aus Schlachtungen in Bayern, die dort wegen der Ansteckungsgefahr der Maul- und Kruppenpest vorgenommen wurden. Das Fleisch ist in jedem einzelnen Falle durch tierärztliche Untersuchung als völlig einwandfrei festgestellt worden. Damit entfällt auch die Behauptung über die Veränderung der Frachtbriefangaben. Wenn von einer Vertauschung von Frachtbriefen gesprochen wird, so ist der Anlaß hierzu offenbar darin zu suchen, daß eine nach Reichenbach i. V. bestimmte Fleischsendung nach Leipzig umgeleitet wurde und deshalb von Reichenbach aus ein neuer Frachtbrief ausgestellt werden mußte.

Elternabende. 21. Volksschule. 8. September, abends 7 1/2 Uhr. Bericht des Elternrats. Vortrag über Weiltliche Schule. Referent Lehrer Dpa. — 18. Volksschule, Volkmarstraße, Konradstraße, Dienstag, 7. September, 7 Uhr. Elternversammlung. Vortrag des Herrn Dr. Baumann im Schulsaal über Die schulärztliche Tätigkeit.

Sprengung von Geschühmunition. Das Garulionkommando Leipzig teilt uns mit, daß am 7. September, von 10-12 Uhr vormittags, hinter der Kaserne 107 auf dem Übungsgelände eine Sprengung von nicht transportfähiger Geschühmunition stattfand.

Zirkus. Kurz vor seinem Scheiden von Leipzig hat der Zirkus Sarrafani in sein Repertoire noch die Pantomime Mazepa aufgenommen. Der Stoff eignet sich vorzüglich zu einem großen Mangelstück. Wer kennt nicht jene Erzählung von der Fesselung eines nackten Menschen auf ein Pferd, das dann in die Steppe jagt und schließlich tot niederfällt. Es handelt sich um keine Sage. Der Vorfall hat sich im Jahre 1693 wirklich in Polen und in der Ukraine nach einer Eiferkutschene abgepielt. Vor rund hundert Jahren hat der englische Dichter Byron ein längeres Gedicht über Mazepas Schicksal verfaßt. Er läßt die Begebenheit vom Helben erzählen. Ueber Mazepa ist ein Roman geschrieben worden. Auf Gemälden sieht man seinen qualvollen Ritt, und Gottschall, der auch in Leipzig literarisch tätig gewesen ist, hat aus dem Vorgang ein Drama angefertigt. Im Zirkus Sarrafani wird die Pantomime sehr reizvoll aufgeführt. Man unterläßt jede Uebersetzung, sucht möglichst natürliche und dabei doch farbenprächtige Bilder zu geben und wirkt so um so besser. Der Pantomime gut zuhause kommt die Mitwirkung der russischen Volkstänzer, durch die erst die einzelnen Szenen echt und künstlerisch wertvoll werden. Der Zirkus beweist damit wieder, daß er Geschmack hat. Zu bewundern ist der hohe Grad der Weidredigkeit, der in der Pantomime zum Ausdruck kommt. Der Schimmel, der Mazepa trägt, läßt sich in die Manege wie tot nieder. Er bleibt in dieser Stellung lange Zeit liegen und läßt sich auch regungslos auf einer Bahre herum- und hinaustragen.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. Gohliser Straße 8 wurde ein unbedeutender Küchenbrand bald beseitigt, ebenso ein Gardinenbrand in der Bismarckstraße. In der Nacht zum Sonntag war im Ritterpflüchen eine Droste in den Graben gefahren. Sie konnte bald wieder festgemacht werden.

Lebensmittelliste für Dienstag, den 7. September.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Teigwaren: Leichter Tag — abzugeben 6 E und K der Lebensmittelliste Reihe Q (125 Gramm), Kriegesgefangenmarke 16 (250 Gramm).

Häferkoden: Leichter Tag — abzugeben 7 E und K der Lebensmittelliste Reihe Q (250 Gramm).

Ausgabe. Rähmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — bestellt mit H 1, M 1, N 1, Z 1 der Lebensmittellisten S 1, S 2, S 3.

Rähmittel für Schwangere: Beginn — bestellt mit SN 1 der Sonderlebensmittelliste für Schwangere usw.

Für Händler.

Schweinefleisch: Bezugskartenablieferung.

Süßholz: Abholung in der Adlerapotheke und bei Numann & Co.

eines Menschen. Wir sehen den Kampf seines Innern, den Zwiespalt zwischen Verstand und Gefühl verkörperlicht vor uns in der Brusthöhle, in der wir das Herz pulsieren sehen und schlagen hören, bis der Selbstmord den Funktionen des Lebens und dem Widerstreit der beiden Ich ein Ende setzt. Das ist eine raffiniert ausgearbeitete geistreiche Idee — dieser außergewöhnliche Rahmen diese Dramatisierung innerer weltlicher Vorgänge war noch nicht da. Aber mehr wird eigentlich auch nicht gegeben. Entleert man die Handlung dieses äußeren Drum und Dran, das uns zunächst fesselt, weil es uns überrascht, so bleibt wenig übrig, was originell wäre. Dichterischen Wert kann man diesem Einsatz nicht beimessen.

Die Aufführung war eine gute Leistung. Otto Werther hatte als Spielleiter und Inszenator wieder einmal gezeigt, daß er Eigenes zu geben vermag. Als Darsteller fesselte er insbesondere im gutgeahnten Neumann, wo er den verzweifeltsten Dichter und unglücklich-glücklichen Ehemann hochkomisch und doch geschmackvoll zu charakterisieren verstand. Köstlich war seine launenhafte Gattin, Maria Koch. Im ersten Akt bot Frieda Schranz als Arbeiterin im Uebergang zur Pirne eine echte Berliner Typen. Badend war auch der Mann Paul Minkes in der Mühlenhand. Die Kuliszen der Seele stellen den Schauspielern keine dankbaren Rollen. Immerhin fesselten Carol Härtig und Hans Stolle als erstes und zweites Ich. Das Mangelstück stand auf der Höhe, die wir von den guten Leistungen der Volksbühne gewöhnt sind.

Eingelaufene Schriften.

Der Urat als Erzieher. Heft 10: Ruhe. Die Verhütung und operationslose Behandlung des Gallensteinleidens. Preis 5 Mk. Heft 16: Kodari, Magen und Darm in gesundem und krankem Zustande. Preis 5 Mk. Heft 17: Engelen, Suggestion und Hypnose. Preis 4 Mk. Heft 22: Ruhe. Die Hämorrhoiden, ihre Ursachen, Symptome und Behandlung. Preis 5 Mk. Heft 42: Schöppler, Der Krebs. Preis 5 Mk. Verlag der Verlagsbuchhandlung Otto Gmelin, München.

Wachstein und Wexbränsken. Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki). 1. Band. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien 8, Meierstraße 69. Preis 5 Kronen.

Am Sonntag fand im Volkshaus eine außerordentliche Generalversammlung des unabhängigen Kreisvereins von Groß-Leipzig statt. Erschienen waren 816 Delegierte, einige kleinere Ortsvereine waren nicht vertreten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Genosse Wilder den Bericht von der Reichskonferenz in Berlin.

Genosse Reinhardt stellte den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzuhängen, weil damit nur die Zeit überflüssig verschlagen würde. Der Antrag wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Da wir über die Reichskonferenz eingehend berichtet haben, beschränken wir uns darauf, aus der Rede des Genossen Wilder einen knappen Auszug wiederzugeben. Er begann mit dem Hinweis, daß die Delegierten nach Moskau den Auftrag erhielten, bei den Verhandlungen über den Anschluß die Selbständigkeit der Partei zu wahren. Als die Delegation sich über das Vorgehen in Moskau einigen wollte, erklärte Stöcker, Dittmann und Crispian müßten verhandeln, er (Stöcker) und Däumig seien ja auf dem Leipziger Parteitag für den Anschluß nach Moskau eingetreten. Wilder wies dann darauf hin, daß der Holländer Wynlop, der insgesamt 1500 Mitglieder im Exekutivkomitee vertritt, die Vertreter der USP, der Willkürpartei, nicht zu den Verhandlungen zulassen wollte. Es folgte dann der Bericht über die Fragen, die vom Exekutivkomitee und vom deutschen Kommunisten Levo an die Delegierten unserer Partei gerichtet wurden. Auf die Frage, wie sich die Delegation zu dem Antwortschreiben des Zentralvorstands der USP an das Exekutivkomitee stelle, erklärten Stöcker und Däumig, sie hätten das Antwortschreiben nicht sorgfältig gelesen; dabei haben beide Genossen an dem Antwortschreiben lebhaft mitgearbeitet. Sinowjew hat darauf geantwortet, die Linke der Delegation müsse das Schreiben nicht gelesen haben, sie könne aber nicht leugnen, es unterschrieben zu haben; so zieht der tote Kautsky den lebendigen Däumig ins Wasser. Bei den Verhandlungen hat die Frage, ob die USP eine revolutionäre Partei sei, eine große Rolle gespielt. Dabei ist sogar Stöcker als ein bürgerlicher Radikaler und Däumig als ein Demagog bezeichnet worden. Sogar Däumig hat energisch dagegen protestiert, daß man der USP den revolutionären Charakter abstreifen wollte. Genosse Wilder wies auf die Notizen der Sowjetregierung hin, aus denen hervorgehe, daß die russischen Kommunisten ganz andere Töne tönen, wenn sie mit bürgerlichen Regierungen verhandeln, als wenn sie mit einer Arbeiterpartei verkehren. Dann berichtete der Redner über das abschließende Urteil, das Sinowjew über die heutigen Mitglieder der 3. Internationale fällt. Trocki sprach offen aus, die USP müsse gelassen werden, die Führer müßten als Berater gebrandmarkt werden, damit die Massen zu den Kommunisten gezogen würden. Als unsere Delegation eine gemeinsame Schlussklärung gegen die heftigen Angriffe auf unsere Partei abgeben wollte, scheiterte dies an dem Widerstand der Genossen Däumig und Stöcker. Damit trat die Spaltung in der Delegation offen zutage. Däumig erklärte, er spreche nur noch für seine Person, er sprach nun offen für Annahme der Bedingungen. Es wäre offenbar gelungen, bessere Bedingungen für den Anschluß zu erreichen, wenn unsere Delegation geschlossen aufgetreten wäre, denn als der § 20 mit seiner Zweidrittelbestimmung zuerst eingebracht wurde und ihn die Delegation einmütig als unannehmbar bezeichnete, da wurde er wieder zurückgezogen. Nachdem die deutsche Delegation gespalten war, fand der Paragraf dann Annahme.

Der Referent besprach die opportunistische Haltung der russischen Kommunisten, insbesondere in der Agrarfrage. Aus dem Referat Sinowjews über die politischen Arbeiterräte hob der Referent hervor, daß Sinowjew gesagt hat: Politische Arbeiterräte entstehen in politischen Aktionen. Man dürfe also keine Spielerei mit politischen Arbeiterräten treiben.

Die internationale Zusammenfassung der Arbeiterschaft habe schon Marx auch als eine Frage der Organisation bezeichnet; sie stelle das Problem: Massenpartei oder Sekte. Diese Frage haben wir auch heute zu entscheiden. Wir müssen alles versuchen, den russischen Genossen klarzumachen, daß sie mit ihren Bedingungen auf dem falschen Wege sind. Wilder hofft, daß uns das auch noch gelingen wird. Bei der Besprechung der Bedingungen sagte der Redner zum ersten Punkt, daß es Trocki auf die Spaltung der USP und darauf ankomme, Einfluß auf die Partei zu gewinnen. Bei Punkt sieben hob er den ultimativen Charakter der Bedingungen hervor, sie müssen unbedingt angenommen und erfüllt werden, wenn die Aufnahme in die 3. Internationale erfolgen soll. Hierbei wies der Redner auch auf die Namen der Auszuschließenden hin, unter denen sich auch Ledebour und Dittmann befinden. Mit der Forderung, diese Genossen auszuschließen, würden die Russen wahrscheinlich recht schlechte Geschäfte bei den deutschen Genossen machen. Auf der Konferenz wurde auch gesagt, Kautsky habe mehr für die Revolution getan, als viele seiner Kritiker; dabei stehe fest, daß der Einfluß Kautskys in der Partei jetzt ganz unbedeutend sei.

Die Gegenfrage dürfen nicht verkleinert werden, es sei mit Recht gesagt worden, wer nicht mit der Partei einverstanden ist, solle zu den Kommunisten gehen. Heute sei es so, daß die Internationale neue Höhen geschaffen habe. Der Redner nahm die Gewerkschaften gegen die Beschimpfung als „Gelbe“ in Schutz. Er wies dann darauf hin, daß die Mitglieder der Partei bisher stets um größeren Einfluß, um mehr Rechte gegenüber den Instanzen gekämpft haben, wenn die Bedingungen angenommen werden. Dann haben die Mitglieder überhaupt nichts mehr zu sagen. Ich halte es mit Ledebour, diese Bedingungen sind unannehmbar. Wer die Bedingungen in Punkt 14 anerkennt, muß der Wahnsinnsidee Rechnung tragen, die deutschen Arbeiter auf Geheiß von Moskau zu einem neuen Krieg gegen Frankreich aufzurufen. Jetzt schon treten Kuliszen in deutschen Arbeiterversammlungen auf und machen für diese Idee Propaganda. Kurt Geyer sagte auf der Konferenz, wir müssen den Kampf aufnehmen, ohne vorher das Kräfteverhältnis zu messen. (Zurufe: Dann reißt er aus!) Stöcker sagte, wir dürfen dem Kampfe nicht ausweichen, sondern müssen den Arbeitern sagen: ihr müßt mit der Waffe in der Hand den Kampf führen. Dabei gibt Stöcker selbst zu, daß das Bürgertum bis an die Zähne bewaffnet ist. Genosse Braß will nicht nur gegen das Bürgertum den schlimmsten Terror (das schreit er auch noch in alle Welt), sondern auch gegen die Arbeiter. Damit werden wir die Arbeiter nicht für unsere Partei gewinnen.

Der Redner besprach noch die Punkte 20 und 21, wenn diese Geltung erlangen, dann haben die Parteigenossen in Zukunft nichts mehr zu sagen.

Zum Schluß berichtete Genosse Wilder noch über das Referat Ballods.

Die Debatte wurde vom Genossen Lieberasch eröffnet. Er begann mit einer scharfen Kritik an dem Referat. Der Redner habe wohl unter dem Eindruck der Masse gestanden. Die Leipziger Volkszeitung habe nicht die Artikel der Genossen Däumig und Stöcker gebracht, sie sei auch nur noch ein Abseher der Freiheit. Die Freiheit behandelt die ganzen Fragen noch in objektiver Weise, während die Leipziger Volkszeitung höchstens Auszüge aus den Artikeln der anderen Richtung bringt. Die Leipziger Volkszeitung hat die Bedingungen viel zu schwarz gemalt. Die Artikel Dittmanns habe ich für angebracht, aber die Tendenz der Artikel ist falsch. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir wissen sehr wohl, daß die Agrarverhältnisse in Rußland nicht sozialistisch sind, aber was ging in Rußland bisher auch nicht durchzuführen. Die Russen haben Genossenschaften gegründet, die vorbildlich wirken sollen, dazu brauchen sie in erster Linie Frieden von außen. Ich möchte den Genossen die Broschüre von Otto

Rauer zur Lektüre empfehlen. Viele glaubten, Sowjetrußland könne die Stufe der kapitalistischen Entwicklung überpringen und sofort zum Sozialismus gelangen. Es ist jetzt die große Frage, wie die Massen aus dem Elend herauszubringen sind. Die U. W. hat nur die Regierung kritisiert, sie hat aber niemals gesagt, mit welchen Mitteln die Arbeiter den Befreiungskampf führen müssen. Es darf nicht sein, daß eine Zeitung hül und die andere holt zieht, deshalb ist es ganz richtig, wenn die Zeitungen unter die aufgestellten Bedingungen gestellt werden. Die Partei hat die Gelegenheit verpaßt, wo die Arbeiterschaft die politische Macht erobern konnte; so beim Kapp-Putsch. Im U. und S.-Rat Leipzigs hatten die Parteiführer nicht anderes zu tun, als sich darüber zu streiten, ob die roten Fahnen aufgezogen werden sollen oder nicht. Ich würde die Verdienste Kautskys, aber der Kautsky von heute wird von den Antikommunisten verbreitet; das sagt genug. Man darf die Fragen nicht vom Standpunkt seiner persönlichen Interessen betrachten, ob man seinen Posten behält oder nicht. Wir müssen, wenn es notwendig ist, die Massen zum Sozialismus zwingen. Die Bezeichnung der Gewerkschaften als „gelb“ ist berechtigt, denn in der Amsterdamer Internationale liegen viele Anhänger der Arbeiterschaft, mit denen kein Sozialismus errichtet werden kann. Es muß verlernt werden, von Moskau andere Bedingungen zu erlangen. (Beifall.)

Genosse Lieberasch: Genosse Lieberasch hat die Leipziger Volkszeitung heftig angegriffen. Darauf wird ja Genosse Bloch antworten. Ich möchte nur sagen, die U. W. hat vor der Freiheit klar zu den Bedingungen Stellung genommen. Die U. W. hat auch andere Meinungen zum Ausdruck gebracht, so den Artikel von Wendelin Thomas aus dem Volkswillen in Augsburg. Das ist derselbe Mann, dem nachgesagt wird, daß er der Betigenosse der Spielstein Schröder-Mahnte war. Der Mann verlangt jetzt, die Partei müsse von allen Spießbürgern gereinigt werden. Genosse Lieberasch hat sich die Zustimmung zunutze gemacht, die von einem kleinen Kreis systematisch geführt wird. In geheimen Konventikeln kommen die Genossen, die sich als linker Flügel der USP bezeichnen, zusammen. Dort wird gegen die U. W. und gegen die Führer Zustimmung geschürt. Nicht können keine bestimmten Angriffe erhoben werden, aber die Zustimmung wird von dort systematisch weitergetragen. Das ist die Zerstörungsarbeit der Kommunisten und ihrer Anhänger, denen es darauf ankommt, die USP zu schwächen, ihre Organisation zu zerstören, ihre Zeitungen herabzusetzen.

Lieberasch sagte: Haben wir einmal in der U. W. gelesen, daß gesagt worden sei, mit welchen Mitteln die Arbeiter aus dem Elend herauskommen können. Nun, die Zeitung wird nach dem Aktionsprogramm der Partei redigiert, danach unterstützt sie Massenaktionen, sagt den Massen, daß sie die politische Macht erobern müssen und kämpft dafür. In diesen Kämpfen hat die U. W. stets ihren Mann gestanden. Ich wundere mich über Lieberasch. Vor kurzem ist er nach Stuttgart gefahren und hat dort den Redakteur der Metallarbeiterzeitung abwürgen lassen, weil der zu radikal war, jetzt hat er Klagen gegen die U. W. in der entgegengesetzten Richtung. Lieberasch sagt, unsere Partei habe verhinert, daß die Arbeiter beim Kapp-Putsch die politische Macht eroberten und im U. und S.-Rat hätten sich die Parteiführer nur um die roten Fahnen gekümmert. Selbst die kommunistische Zentrale hat beim Kapp-Putsch erklärt, die Zeit sei nicht reif für die Eroberung der Vaterrepublik, Lieberasch ist jetzt also radikaler als die Kommunisten damals waren. Im U. und S.-Rat hat Lieberasch die Beschlüsse nicht durchgeführt, die sich gegen die Unternehmer richteten. Der U. und S.-Rat hatte z. B. beschlossen, der Achtstundentag ist streng durchzuführen. Lieberasch war mit der Durchführung dieses Beschlusses beauftragt. Da ging er hin und erlaubte den Unternehmern über den Achtstundentag noch Ueberstunden, angeblich weil das die Arbeiter verlangten. Der U. und S.-Rat hatte bei Ausbruch der Revolution ferner beschlossen, die Munitionsproduktion ist sofort einzustellen, keine Stange Eisen und kein Stück Kohle sollten mehr für Munition verwendet werden. Lieberasch sollte die Ausführung dieses Beschlusses überwachen. Da ging er hin und erlaubte gegen den Willen des U. und S.-Rates, daß die Unternehmer noch einige Monate lang Granaten anfertigten. Ich habe damals im U. und S.-Rat heftige Opposition gegen dieses Verhalten Lieberaschs gemacht. Wer so gehandelt hat, der darf nachträglich nicht über die Parteiführer im U. und S.-Rat Kritik üben. Lieberaschs Rede war lauwarm, er sagte zu den Bedingungen nicht ja und nicht nein. Die Bedingungen erfordern aber klare Entscheidung, entweder oder; annehmen oder ablehnen, aber nicht hin und her schwanken. Ich war gespannt darauf, zu hören wie Lieberasch die Massen aus dem Elend führen will, er hat es leider nicht gesagt. Er sagte auch, die Massen müssen zum Sozialismus gewonnen werden, darauf will ich noch zurückkommen. Das er als Mitglied des Metallarbeiterverbandes es verteidigt, daß seine Organisation, die doch der Amsterdamer Internationale angegeschlossen ist, als „gelb“ beschimpft wird, finde ich besonders bedauerlich.

Für die Partei handelt es sich nicht um die Entscheidung: für oder gegen die 3. Internationale, sondern für oder gegen diese Bedingungen. Zwei große Prinzipien ringen jetzt miteinander: Revitalisation nach dem Muster einer Sekte, oder Massenpartei mit starker Anteilnahme der Massen und vor allem mit ausschlaggebendem Bestimmungsrecht der Massen in ihren Organisationen. Kunst und Künstler erklärten auf der Reichskonferenz, sie seien im Dezember 1919 für den Anschluß an die 3. Internationale eingetreten, aber diese Bedingungen müßten sie ablehnen. Die deutsche Arbeiterschaft hat mit der Instanzenpolitik während des Krieges die schlimmsten Erfahrungen gemacht, daher kämpfen die Mitglieder in den Gewerkschaften und in der Partei bis auf den heutigen Tag gegen die Bonzen und Instanzen. In allen Bezirken verlangen gerade die radikalsten Genossen, daß die Leitung nicht über ihre Köpfe Entscheidungen treffen soll, wie ja der heute vorliegende Antrag Leutsch, die Sekretäre nur in einer Generaterversammlung anzustellen, deutlich zeigt. Deshalb hat die Kätebeie so begeisterte Aufnahme bei den deutschen revolutionären Arbeitern gefunden, weil durch die Käte die Massen von unten herauf zur Mitarbeit und zur selbständigen Entscheidung berufen werden. Jetzt nun, in der Zeit des Bürgerkrieges, wo es für die Arbeiter um Kopf und Kragen geht, wo jeder mit seinem Leben für seine Ueberzeugung eintreten soll, jetzt sollen die Massen von jeder Mitbestimmung ausgeschlossen werden, jetzt sollen die Arbeiter nur nach Kommando der Führer tanzen. Das ist die Rolle der stummen Hunde, die ich ablehne und für die auch die Masse der Arbeiter kein Verständnis haben wird. Wenn es zum Anschluß kommt, so sage ich, für mich und für die Masse der Arbeiter ist Ledebour ein Revolutionär (lebhafter Zustimmung), mehr als Däumig und Stöcker.

Auch auf die Folgen für die innere Organisation muß aufmerksam gemacht werden, wenn wir diese Bedingungen annehmen. Es besteht dann die Gefahr, daß Streber, Schelcher, Postenräger, Demagogen ihr Unwesen treiben, daß viele sich radikal gebürden, um einen Posten zu erhalten. Wir hatten ja schon so ein trauriges Beispiel in unserm Kreisverein.

Es handelt sich darum, daß wir Kommunisten werden und die kommunistische Taktik anerkennen sollen. Diese Taktik hat aber in Deutschland völlig bankrott gemacht, die Taktik unserer Partei hat sich bewährt. Die Massen sind den Kommunisten fortgelaufen und uns zugeflüchtet, und jetzt wird uns zugemutet, die furchtbaren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterschaft bis zum

Zusammenbruch der Räteregierung in München mit der kommunistischen Taktik gemacht hat, noch einmal zu wiederholen.

Däumig, Stöcker, Geyer, Braß haben auf der Reichskonferenz erklärt, die entscheidenden Kämpfe stehen bevor. Deshalb wollten sie die Arbeiterklasse zentralistisch-militaristisch organisieren. Geyer hatte schon vor einem Jahr den Entscheidungskampf in einigen Wochen prophezeit; was ist daraus geworden? In Wirklichkeit stehen wir schon längst mitten in den entscheidenden Kämpfen, aber die Entscheidung fällt nicht in einer Aktion, sondern es werden dazu lange wirtschaftliche und politische Kämpfe notwendig sein. Geyer hat auch mit dem Bruch des Versailles Friedens geschwiegen, das bedeutet: Krieg mit Frankreich und neues ungeheures Blutopfer für die deutschen Arbeiter. Wenn Braß auch den Terror in den eigenen Reihen der Partei durchführen will, so ist mit einer solchen Auffassung jede Verkündung ausgeschlossen, denn das bedeutet nicht nur Bürgerkrieg Klasse gegen Klasse, sondern auch den blutigsten Krieg der Arbeiter untereinander.

Dabei muß man noch bedenken, daß wir von 25 Millionen erst knapp fünf Millionen für unsere Partei gewonnen haben. Protamieren wir den Terror gegen die eigenen Parteigenossen, dann werden sich ein großer Teil der organisierten USP-Mitglieder dagegen wenden. Der Redner besprach dann noch die Stellung der Gewerkschaften, das russische Agrarprogramm und die wirtschaftliche Lage Russlands nach dem Referat des Genossen Ballod. Die Hoffnung auf den Sozialismus ruht auf der deutschen und der englischen Arbeiterkraft. Werden die Draanktionen der deutschen revolutionären Arbeiter weiter zersplittert und geschwächt, dann besteht die Gefahr, daß diese Zersplitterungsarbeit von der deutschen Arbeiterkraft mit Jahrzehnten kapitalistischer Ausbeutung bezahlt werden muß. Die historische Aufgabe unserer Partei ist es, die Grundlage für die einheitlichen Aktionen der sozialistischen Arbeiter Deutschlands zu sein. Die Massen können nicht zu den Rechtssozialisten, sie können aber auch nicht zu den Kommunisten, sie müssen zur USP. Und wenn es jetzt geschehen würde, die Parteiorganisation zu zersplittern, so müßte sie sofort neu gebaut werden, weil die Partei ihre große historische Aufgabe noch erfüllen muß, weil das revolutionäre Proletariat Deutschlands die USP. braucht. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Nagel: Liebmanns Ausführungen stimmen mit der Freien Presse überein. Es ist nicht richtig, daß der Parteivorstand sich besonders um den Anschluß an die 2. Internationale bemüht habe, er wollte den Anschluß auch zugleich mit anderen Ländern. Es war nicht richtig, daß auf der Konferenz das Referat von Ballod gehalten wurde. Wir werden ja erleben, daß die ganze bürgerliche Presse Dittmanns Artikel ausschaltet. Es stimmt nicht, daß sich die italienischen Arbeiter totgestellt hätten. Nach den Erfahrungen mit der zweiten Internationale sind die Bedingungen nicht zu hart. Ich muß anerkennen, daß die Haltung Crispiani und Dittmanns aufrecht war. Bezeichnend ist es doch, daß Raubitsch nach Georgien geht. Der Ausschluß ist überhaupt keine Personenfrage, Personen spielen dabei gar keine Rolle. Es fragt sich, ob wir ohne Diktatur auskommen. Wir werden doch dazu übergehen müssen, im Interesse der Gesamtheit des Volkes den Sozialismus zu erzwängen. Die Bezeichnung „gelbe Gewerkschaften“ ist durchaus berechtigt, denn mit Arbeitsgemeinschaften ist kein Klassenkampf zu führen.

Die weiteren Ausführungen des Redners gingen in einer steigenden Anruhe der Versammlung verloren; es hörte dem Redner niemand mehr zu. Er schloß: Ich bin wie Braß für die Diktatur über das Proletariat und für die Annahme der Bedingungen.

Genosse Bloch: Die Bedingungen verlangen, daß die Partei sich reinigt und die übrigen Bestimmungen erfüllt, dann erst kann sie einen neuen Antrag zur Aufnahme in die Moskauer Internationale stellen, über den dann erneut beraten wird. Es ist Freiheit, zu sagen, daß die Bedingungen nicht so ernst gemeint seien. Lenin und Trotski sind wahrhaftig nicht solche Hampfmänner, daß sie erst harte Bedingungen stellen und nachher davon abgehen. Wir wissen alle, daß zu einer Internationale auch die Moskauer gehören, aber durch diese Bedingungen ist es ja unmöglich, mit den Moskauern eine Internationale zu bilden; deshalb ist es notwendig, alle übrigen revolutionäre internationale zusammenzuschließen. Es ist auch nicht so, daß wir allein stehen, wenn wir ablehnen, denn die Franzosen, die Schweizer, die Engländer werden sich ebenfalls nicht den Bedingungen unterwerfen. Zu den Angriffen wegen der Artikel Dittmanns muß gesagt werden, daß Snowjew verlangt hat: Sagt doch den deutschen Arbeitern, wie es in Rußland aussieht, damit die Einwanderung aufhört, denn die Rückbeförderung kostet Rußland das Gold, was zu andern Zwecken viel besser gebraucht werden kann. Außerdem hat sich der Sowjetvertreter in Berlin ausdrücklich mit den Artikeln Dittmanns einverstanden erklärt. Wenn wir die Bedingungen annehmen, dann wird die Leitung der illegalen Organisation an der Hand der Metallarbeiter von Zeit zu Zeit die Streikungen vornehmen; so wird es in Rußland gemacht. Unsere Parteigenossen verlangen, daß die Rechte der Metallarbeiter ausgedehnt werden; da dürfen sie unmöglich diese Bedingungen annehmen. Heute haben die Leipziger Parteigenossen über ihre Zeitung selbst zu entscheiden, wann das Moskauer Diktat angenommen wird, dann haben auch die Leipziger nichts über ihre Zeitung zu sagen. Die Erfahrungen während des Krieges, der Raub der Zeitungen durch den rechtssozialistischen Parteivorstand haben gezeigt, wofür es führt, wenn die Zentrale zu viel Machtbefugnisse hat. Neue Erfahrungen wären noch gar nichts gegen das, was nach dem Moskauer Diktat zu erwarten steht. Wenn die Massen in schweren Kämpfen ihre Haut zu Markte tragen, dann müssen sie auch selbständig entscheiden. Es ist gesagt worden, daß uns von den Kommunisten grundsätzlich nichts trennt. Aber die Kommunisten haben jederzeit ihre theoretischen Bekenntnisse ausgesprochen. Sie fordern jetzt die Arbeiter zum Kampf auf mit der Gewalt ohne Rücksicht auf den Versailles Vertrag, das bedeutet Einmarsch der Franzosen in Deutschland oder Krieg. Wer eine solche Taktik empfiehlt, ist ein gewissenloser Mensch. (Lebhafte Zustimmung.) Beim Rapp-Buß haben die Kommunisten selbst gesagt, die Zeit sei für die Errichtung einer Räterepublik ungeeignet. Hinterher haben sie von dem Verrat der USP. beim Rapp-Buß geschrien. Diese hinterhältige, heimtückische, verlogene Art macht diese Leute überhaupt händnisunfähig. Deshalb macht es nichts aus, wenn gesagt wird, uns trenne grundsätzlich nichts von den Kommunisten; die Taktik trennt uns! Bei der Reichskonferenz haben Däumig, Roenen, Geyer in Sonderkonferenzen mit dem Kommunistenführer Lepp verhandelt. (Zurufe: Wie in Leipzig!) Nicht Stöcker oder Däumig, sondern Lepp würde der kommunistische Diktator für Deutschland sein. Snowjew hat erklärt, in der Reichstagsfraktion sind nur 20 Linke, 20 stehen rechts und 50 sind der Stumpf.

Zu den Angriffen auf die Leipziger Volkszeitung muß ich sagen, daß die Zeitung in diesen wichtigen Fragen vom ersten Tage an eine sehr bestimmte Meinung vertreten hat und wir werden das auch weiter tun. (Lebhafte Zustimmung.) Wir lassen aber selbstverständlich auch andre Meinungen zum Wort kommen, nur haben wir nicht so viel Raum wie die Freiheit, die zweifelhaft ist. Wenn der Ausschluß bewährter Kämpfer nach Moskauer Diktat erfolgt, dann werden diese wohl nicht allein gehen (Zustimmung.) Wenn aber der Parteitag gegen die Bedingungen entscheidet, dann werden wohl Däumig und Geyer die Konsequenzen ziehen. (Zurufe: Das machen die nicht!)

Die Leipziger Parteigenossen haben eine verantwortungsvolle Entscheidung, denn das Beispiel Leipzigs wirkt im ganzen Reich, darum liegt bei den Leipziger Arbeitern mit ein Stück Entscheidung über das Schicksal der Arbeiterbewegung und der deutschen Revolution. (Starker Beifall.)

Genosse Kühn: Wollen wir die Bedingungen von Moskau schließen oder nicht? Wir müssen die Bedingungen unter die Lupe nehmen und die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland prüfen und die Massen prüfen, ob sie sich ohne weiteres diesen Bedingungen unterwerfen. So sehr es auch unsere Gefühle widerspricht, so müssen wir doch sagen, die Bedingungen sind zu hart, als daß sie von der Arbeiterkraft geschlossen werden können.

Ich war während der Revolution in Rußland und muß sagen, wenn jeder deutsche Arbeiter die russischen Bauernmassen auf ihre Intelligenz beobachten könnte, da würde er ein andres Bild bekommen. Diese Bauern wurden nur für die Revolution gewonnen, weil sie ihnen Land brachte, und auch dem Industrieproletariat brachte die Revolution Vorteile. In dem Moment aber, wo in Rußland der Boden sozialisiert werden sollte, würden die Bauern sich gegen die Regierung erheben. Schon heute kämpfen die russischen Proletariat nicht mehr mit der früheren Begeisterung für die Rechte der Freiheit und es besteht die Gefahr, daß die Sowjetregierung wieder abtreten muß. Für uns sind die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands maßgebend. Die Bedingungen mögen für Rußland gut sein, weil dort die Massen gewohnt sind, daß sie diktiert werden, wenn wir aber diese Bedingungen für Deutschland annehmen, dann wäre weitere Spaltung der Arbeiterbewegung die Folge. Damit würden wir aber weder für Deutschland unsere Ziele verwirklichen, noch der Internationale helfen können. Schließlich wird auch das Exekutivkomitee gezwungen sein, seine Bedingungen zu revidieren. Fügen wir uns den diktatorischen Bedingungen der Russen, dann werden wir in unseren eigenen Reihen ein schweres Flakso erleben. Wir müssen aber auch Schluß machen mit den Theoretikern, die den Reformismus predigen. Der Velleiterei muß entgegen gearbeitet werden. Aber wir müssen uns auch bewußt sein, daß die Moskauer Bedingungen unsere Organisationen zerstören. (Beifall.)

Genosse Heise: Man darf nicht gefühlsmäßig nach dieser oder jener Richtung neigen. Ich trete für die Bedingungen ein. Der Parteitag von Leipzig ist der Entscheidung ausgewichen, die beiden Richtungen haben sich aber nicht ausgesprochen. Es liegt nicht im Interesse der Partei, erneut die Gegensätze zu vertuschen und einen Mittelweg einzuschlagen. Moskau liegt es daran, ihre Internationale nicht auf das Niveau der 2. Internationale herabgedrückt zu sehen. Von einem Moskauer Diktat kann keine Rede sein, denn wir sollen doch die Bedingungen freiwillig annehmen. Nach Dittmanns Artikeln müßte ja in Rußland ein ungeheuerliches Bureaucratensystem herrschen; das glaube ich aber nicht, denn dann müßte doch Rußland längst zugrunde gegangen sein. Den wirtschaftlichen Aufbau konnte Rußland unter den ungünstigen Verhältnissen natürlich nicht vornehmen. Es kommt darauf an, welche Schlußfolgerungen man aus den Bedingungen zieht und ich komme zu andern Schlußfolgerungen als die Genossen Liebmann und Bloch. Parteipolitisch bin ich sozialistisch organisiert, aber innerlich bin ich Kommunist. Hätten wir 1914 eine illegale Organisation gehabt, dann hätten wir jene schlimmen Erfahrungen nicht gemacht. Unter Umständen können wir in zwei oder drei Monaten Gegenrevolution haben, dann würden unsere legalen Organisationen sofort beseitigt. Deshalb brauchen wir illegale Organisationen. Wir müssen auch die Propaganda im Heere betreiben. Lenin wird doch nicht verlangen, daß Debebour ausgeschlossen wird. Ganz anders liegen allerdings die Dinge bei Raubitsch und Hilferding. Die Bezeichnung „gelbe Gewerkschaften“ ist nicht so zu verstehen, wie Liebmann es ausgelegt hat. Bei dem Punkt 20 ist ausdrücklich gesagt, daß Ausnahmen zulässig sind. Es können auch beim Ausschluß für diese oder jene Personen Ausnahmen gemacht werden. Es ist doch nicht gesagt, daß jede Bedingung wortgetreu ausgeführt werden muß. Können wir zu einer Spaltung, so wäre das nicht im Interesse der Arbeiterkraft, dann fürchte ich für die Arbeiterkraft das Schlimmste bei der Sache. (Beifälliger Beifall.)

Damit war die Debatte beendet. Die Versammlung wurde auf Dienstag vertagt, es soll dann die übrige Tagesordnung erledigt werden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bezirksverband Grimmia.

In der Woche vom 6. bis 12. September 1920 erhalten Verborgungsberechtigte 40 Gr. Butter für 1 Mk. auf den Abschnitt der Zeitmarke F.

3. Thekla. Aus dem Gemeinderat. Im Monat Juli sind bei der Sparrasse 80 821,30 Mk. eingezahlt und 27 917,20 Mk. ausgezahlt worden. Die Aufzinsung beginnt wieder am 30. August. Bisher sind von der Gemeinde 617,38 Mk. zugewandt worden oder pro Portion 7 1/2 Pfg. Es wurden 7062 Portionen ausgegeben. Die Nachzahlungen für Arbeitslose wurden bewilligt. Den geplanten Kostendarstellungen stimmte man zu. Beschwerden von Bewohnern der Schulstraße sollen durch Ausschreibung der Tagrinne abgestellt werden. Gegen das geplante Bauverbot wegen Kohlenvorkommen soll Einspruch erhoben werden. Dem Fürsorgeverein für Taubstumme wurden 10 Mk. bewilligt.

Sächsische Angelegenheiten.

Wohnungsnot und Gutsbesitzer.

Auch auf dem Lande wird die Wohnungsnot immer größer allerdings betrifft sie hier noch mehr als in der Stadt die Armen, die Proletarier. Die Reichen dagegen bauen sich Häuser und Villen, wie es ihnen beliebt. Aber nicht nur das, teilweise lassen sie auch Wohnhäuser niederreißen und vergrößern damit willkürlich den Wohnungsmangel.

So läßt der frühere Gutbesitzer, jetzige Rentier Max Bogi in Großpriestitz bei Großschön ein schönes leerstehendes Wohnhaus abbrechen, weil es sich neben seiner Villa nicht eignen und ausnimmt. Dabei warten in Großpriestitz selbst noch mehr als im nahen Großschön unzählige Familien schon monatelang auf eine Wohnung. Viele junge Leute möchten einen eigenen Hausstand gründen, können dies aber nicht tun, weil keine Aussicht auf eine Wohnstätte vorhanden ist. Familien mit reichem Kindergegnen müssen dicht zusammengedrückt leben, sie würden mit Freunden aufs Land ziehen, wenn sich nur eine Unterkunftsmöglichkeit ergäbe. Derweilen läßt aus reinem Uebermut ein mit Gläubigern besetzter Wohnhäuser niederreißen, um seiner Probenhaftigkeit schmeicheln zu können.

Wo bleibt die Behörde, die gegen das verbrecherische Tun des reichen Rentiers einschreitet? Bei schnellem Eingreifen wäre das Gebäude noch zu retten.

Gegen den katholischen Schulstreik in Plauen.

In Plauen ist von der katholischen Geistlichkeit ein Schulstreik inszeniert worden. Mit ihm soll erreicht werden, daß auch fernere eine besondere katholische Volksschule unterhalten wird.

Am Mittwochabend beschäftigte sich eine sehr gut besuchte Versammlung der katholischen Arbeiterkern mit der Angelegenheit. Die Lehrer Dühring und Koch und unser Genosse Stadtverordneter Hofmann rechneten dort rückwärts mit den katholischen Drahtziehern ab und wiesen einwandfrei nach, daß es den Herrschaften nur auf eine Zerstörung der Einheitschule ankommt. Nach einer sehr lebhaften, im Sinne der Referenten geführten Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Die heutige katholische Elternversammlung verurteilt aufs Schärfste den in Szene gesetzten Schulstreik für die katholischen Kinder. Derselbe bedeutet eine große Gefahr für die geistige Entwicklung unserer Kinder und er bedroht auch gleichzeitig den weiteren Aufbau der allgemeinen Volksschule.

Der Schulausschuss und das Schulamt werden nachdrücklich ersucht, alle Mittel anzuwenden, um den Schulstreik unwirksam zu machen. Auf keinen Fall darf ein neues Auseinanderreißen der Einheitschule zugelassen werden.

Darin ist unzulässig der Wille von zahlreichen Eltern ausgeht, die weit abliehen von dem Treiben der Feindlinge. Da die andre Seite mit allen Mitteln kämpfen will, so wird der mutwillig heraufbeschworene Kampf noch eine Weile andauern. Doch wir haben die Überzeugung, daß auch hier nicht nur die Vernunft,

sondern auch der eiserne Wille derjenigen siegen wird, die mit allen Kräften für das Wohl unserer Kinder und für den Fortschritt eintreten.

Herbstferien und Kohlennot.

Am an Heizstoffen zu sparen, sollen die Chemnitzer Herbstferien auf die Zeit verschoben werden, in der die Beheizung erforderlich ist. Um die Genehmigung dieser Maßnahme ist das Ministerium ersucht worden. Wie der Teutonia-Sachsendienst hierzu erfährt, ist auch in andern Städten der gleiche Wunsch reger geworden, doch hat das Kultusministerium noch keine Entscheidung getroffen. Dresdner Lehrkräfte sind gegen die Verlegung.

Ein neuer Naturshuhbezirk in Sachsen.

Wie Professor Dr. Naumann in den Neuesten Mitteilungen des Landesvereins Sächs. Heimatschutz mitteilt, ist es ihm gelungen, einen wertvollen Teil der Fänge des Reherbatales für den Landesverein zu erwerben.

Ein neuer bedeutungsvoller Naturshuhbezirk ist damit gewonnen und eines der ursprünglichsten Naturbilder Sachsens vor dem Untergang gerettet. Die auf den Hängen des Reherbatales heimische südliche und südöstliche Pflanzengesellschaft gibt Kunde vom Wechsel der Pflanzendecke in Deutschland im Laufe der Jahrtausende. Wichtige erdgeschichtliche Schlüsse sind aus diesen Pflanzen möglich.

Die Notstandmaßnahmen fürs sächsische Erzgebirge.

Für das notleidende sächsische Erzgebirge sind beim Helmbrechts Landesstelle Sachsen 313 000 Mk. eingegangen, ferner namentlich aus Dresden, Kleidungsgilde usw. Die sächsischen Länder haben zum Teil Lebensmittel geliefert. Zur Zeit stehen zur Verteilung noch 136 000 Mk. zur Verfügung. Davon werden 135 000 Mk. in nächster Zeit verteilt werden. Jedoch diesmal nicht in bar, sondern in Nahrungsmitteln und in Kinderwäsche für die Säuglings- und Kleinkinderpflege.

Das Nationalhygienemuseum in Dresden.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, ist der Umbau der Reithalle im früheren sgl. Karstall, der einstweilen zur Unterbringung der Sammlungen des Nationalhygienemuseums dienen soll, beendet. Der fertige Bau konnte am Sonnabend der Verwaltung des Hygienemuseums in einer feierlichen Feier übergeben werden. Zunächst soll in der Halle eine Ausstellung zur Bekämpfung der Tuberkulose gezeigt werden.

Chemnitz. Ein am 16. Juli von der Oberpostkasse in Chemnitz abgeandertes Einschreibepater 3/2 Kilogramm schwer, an das Postamt in Lengsfeld i. B. mit Einkommenssteuermarken im Gesamtbetrag von 177 400 Mk. ist am Bestimmungsorte nicht eingegangen. Vor Ankauf der Wertzeichen wird gewarnt.

Zwickau. In Zwickau und Umgegend müßten die Kohlen noch woßfild und ohne Marken zu haben sein. Das geht aus einer Anzeige in einer dortigen Zeitung hervor, die folgendermaßen lautet: „Verloren silberne Tacke mit altem Armband. Gegen hohe Belohnung, 1 Karren Kohlen und 2 Säcken Butter, abzugeben.“ — Wenn man bedenkt, daß ein Karren Steinkohlen — Zwickauer Maß — eine halbe Tonne oder 10 Zentner beträgt, so kann man den Reichtum des Verlustträgers an Brennstoffen ermeßen.

Waldenburg. Dem Vertrag mit der Oberpostdirektion Chemnitz über Einrichtung einer Kraftwagenverbindung zwischen Lichtenstein-Caldenberg-Hohenstein-Ernstthal-Waldenburg sind bereits sämtliche in Frage kommenden Gemeinden beigetreten, mit Ausnahme vom Langenberg, das aber nunmehr durch die Amtshauptmannschaft Glauchau veranlaßt werden wird, im Gemeinderat über den Anschluß an die Verkehrsverbindung Beschluß zu fassen.

Delitzsch i. C. Die ärztliche Untersuchung der Schulkinder hat hier ein trübes Bild ergeben. Von den 3092 evangelischen Schulkindern sind nur 366 normal bzw. etwas über normal ernährt und entwickelt. 81,1 Proz. der Knaben und 84,4 Proz. Mädchen sind in der körperlichen Entwicklung zurückgeblieben, stark blutarm und schwer unterernährt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Straßenbahner.

Der Verwaltungsrat der Gruppe 13 hat folgendes Schreiben an den Rat geschickt:

An den Rat der Stadt Leipzig.

Die Betriebsräte des Verkehrs der Gruppe 13 haben in einer am 5. 9. stattgefundenen Sitzung Stellung genommen zum Streik der Straßenbahner. Nach Lage der Verhältnisse ist der Verwaltungsrat der angeführten Gruppe zu dem Erkenntnis gekommen, daß die von den Straßenbahnern aufgestellten Forderungen zur Wahrung ihrer Interessen voll berechtigt sind. Es steht ihm der Verwaltungsrat veranlaßt, dem Rat der Stadt Leipzig davon Kenntnis zu geben, daß bei einem weiteren absehnenden Standpunkt der Behörden der Verwaltungsrat der unterzeichneten Gruppe genötigt sein wird, weitere Maßnahmen zur Unterstützung der berechtigten Forderungen der Straßenbahner zu ergreifen.

Wir verstehen nicht, noch darauf aufmerksam zu machen, daß die Beharrung auf dem jetzigen Standpunkte seitens der Direktion und des Rates eine Gefährdung und Erschütterung des gesamten Verkehrs und Wirtschaftslebens Leipzigs nach sich ziehen kann und hoffen, daß der Rat Veranlassung nimmt, sofort Verhandlungen einzuleiten.

Die Stellungnahme des Rates der Stadt Leipzig und der Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn zu obiger Eingabe ersuchen wir bis Dienstagabend, den 7. 9., an den Verwaltungsrat der Gruppe 13, Leipzig, Gerberstraße 1, Hotel Viktoria, gelangen zu lassen.

Hochachtungsvoll

Für die Eisenbahn Der Verwaltungsrat der Gruppe 13
gez. Stein. Für die Expedition
Für die Post Für die Straßenbahn Für den Autoverkehr
gez. Hilbert gez. Merkel gez. Böttcher.

Arbeiterentlassungen in der Sächsischen Waggonfabrik.

Die Sächsische Waggonfabrik Werda u. G. hat in ihrem Betrieb die nachfolgende Bekanntmachung auflegen lassen:

„Trotz unserer vielfachen und schriftlichen Aufforderung zu regelrechter ordnungsgemäßer Arbeit, trotz langwieriger Verhandlungen unter Vorbehalt der Regierung, trotz vielfacher intensiver Ermahnung der Arbeiterratsmitglieder durch die Fabrikleitung und schließlich trotz Aufforderung der Arbeiterkraft durch den Arbeiterrat wird in der Abteilung Reparaturwagenbau nur eine ganz geringe Arbeitsleistung erzielt.“

Wir können dieser Handlungsweise der dort beschäftigten Arbeiter nicht länger zusehen, weil wir es nicht mehr verantworten können, daß auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit die Arbeitsleistung erheblich niedriger gehalten wird. Wir sind deshalb gezwungen, den Reparaturwagenbetrieb einzustellen und entlassen unter heutigem Tage die gesamten am Reparaturwagenbau beschäftigten Arbeiter.

Die Abrechnung und Auszahlung der fälligen Löhne und die Ausschüttung der Entlassungspapiere erfolgt Mittwoch, den 1. 9. b. J., von 12 bis 2 Uhr beim Pfortner. Wir wissen sehr wohl, daß einzelne Arbeiter guten und ehrlichen Willen zur Arbeit

